

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Zeitungsbau



Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der komm. Genossenschaftler / Wirtschaftl. Rundschau / Der proletarische Kulturkampf / Für unsere Frauen / Energie

Bezugspreis monatl. frei Haus 2,50 M., (halbmonatl. 1,25 M.), durch die Post bezogen monatl. 2,50 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft in B. S. Dresden-Alt / Verlagsstelle u. Expedition: Mühlbühlstraße 2 / Fernsprecher: 17 250 / Postfachnummer Dresden Nr. 18090, Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-Alt, Mühlbühlstraße 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 250 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

5 Jahre 1929 Dresden, Sonnabend den 23. Februar 1929 Nummer 46

Ein raffinierterer Betrug

Die Verschiebung des SPD-Parteitag wegen des Koalitionsetats

Berlin, den 23. Februar.

Der Abend-Vorwärts vom 22. Februar veröffentlicht folgende parteiamtliche Meldung:
„Der sozialdemokratische Parteiausschuss war heute vormittag zusammengetreten, um zu dem Vorschlag der Magdeburger Parteiorganisation Stellung zu nehmen, die eine Vertagung des Parteitages anregte. Der Parteiausschuss, um seine gutachtliche Meinung (!) beizubringen, sah folgenden Beschlus:

Der Parteiausschuss nimmt die Gründe zur Kenntnis, die die Magdeburger Parteigenossenschaft im Interesse eines guten Verlaufs des Magdeburger Parteitages veranlaßt haben, die Vertagung des Parteitages anzuregen. Er legt jedoch entscheidendes Gewicht auf die angeführten politischen Gründe. In der zweiten Hälfte ist der Abschluß der Pariser Reparationsbesprechungen zu erwarten. Reichstag und Reichsregierung können in diesen Tagen gewonnen sein, zu wichtigen Entscheidungen Stellung zu nehmen. Ferner läßt die Förderung der Etatberatungen die Vertagung des Parteitages auf Mai wünschenswert erscheinen. Es ist nunmehr die Abhaltung des Parteitages in der zweiten Mahälfte, und zwar beginnend mit dem 26. Mai, in Aussicht genommen worden.“

So ist denn die „Hochwassergefahr“, mit der die Magdeburger Parteiorganisation auf Befehl des Parteivorstandes ihren Vertagungsantrag begründete, doch eine politische Hochwassergefahr! Die Reparationsverhandlungen und der Etatmacher müssen dazu herhalten, um die Verschiebung des Magdeburger Parteitages bis Ende Mai zu begründen.

Und doch, der Beschlus des Parteiausschusses der SPD läßt die wirklichen Vertagungsgründe im dunkeln. Viel näher kommt der Wahrheit das Berliner Tageblatt, das am Freitag abend schreibt:

„Die Vertagung dürfte nicht durch die von sozialdemokratischer Seite betonten bevorstehenden Hochwasserkatastrophen, sondern vielmehr durch den Wunsch bestimmt sein, für die Behandlung gewisser schwieriger Fragen, wie die des Wehrprogramms, noch Zeit zu gewinnen.“

In der Tat, diese Fragen sind äußerst schwierig! Nicht für den sozialdemokratischen Parteivorstand, der das Wehrprogramm theoretisch und praktisch schon lange im Sinne der neudeutschen Aufklärung gelöst hat. Nicht auch für die „linken“ SPD-Führer, deren Wehrprogramm theoretisch zum Teil, praktisch völlig mit der Aufrüstungspolitik des Parteivorstandes übereinstimmt. Schwierig ist diese Frage aus einem anderen Grunde. Es sind die breiten sozialdemokratischen Parteimassen, die den hochgestellten Staatsmännern des Parteivorstandes und den routinieren radikalen Demagogen der „linken“ SPD-Führereliquen durch ihren ehrlichen Kampf gegen die Aufrüstungs- und Koalitionspolitik Schwierigkeiten bereiten.

Die Volkliche Zeitung und der Verein Deutscher Zeitungsverleger konnten schon zwei Tage vor dem Zusammentritt des Parteiausschusses der Öffentlichkeit mitteilen, daß der Magdeburger Parteitag verschoben werden wird. Die Bourgeoisie wußte, was den sozialdemokratischen Arbeitern noch verheimlicht wurde. Sie wußte es, weil die sozialdemokratische Partei- und Staatsbureaukratie mit der Bourgeoisie aufs engste verbunden ist, während

ne gegen die Arbeitermassen einen unausgeheuten, nur durch Demagogie schlecht verhüllten aktiven Kampf führt. Im Auftrage der Bourgeoisie hat die SPD-Bureaukratie den Magdeburger Parteitag verschoben. Die bürgerlichen Parteien forderten von der SPD ultimativ, daß sie den Koalitionsetatschaden, den Steuererhebung Hörsingens, die imperialistische Außenpolitik mit den bürgerlichen Parteien zusammen abklären soll, ohne die Delegierten der sozialdemokratischen Arbeiterschaft über ihre Meinung

zu befragen. Die „Koalitionstüchtigkeit“ der SPD hängt davon ab, daß der Magdeburger Parteitag verschoben wurde. Die SPD-Bureaukratie verstand den Wink, — und kuschte.

Denn auf dem Magdeburger Parteitag wäre, wenn auch in abgeschwächter Form, die Kampfbereitschaft der sozialdemokratischen Arbeiterschaft gegen die Große Koalition zum Ausdruck gekommen. Es hätte nicht länger verdrückt werden können, daß die sozialdemokratischen Arbeiter das Verbrechen dieser Regierungspolitik, dieses Panzerkreuzerjohannis nicht mehr mitmachen wollen. Und das mußte verhindert werden um jeden Preis.

So wurde denn der Parteitag bis Mai verschoben. Die sozialdemokratischen Arbeiter dürfen ihre Stimme nicht in die Waagschale werfen, und hinter ihrem Rücken vollzieht sich der Koalitionshandel ihrer Führer mit den Parteien der Truhbourgeoisie. Aber die arbeitenden Massen, belogen und betrogen von der Sozialdemokratie, ausgeschlossen von der Mitbestimmung über ihr eigenes Schicksal, erniedrigt zu großem Stimmloch für den imperialistischen Kurs der sozialdemokratischen Parteidemokratie. — Sie werden den Weg zum Klassenkampf in anderer Weise zu finden wissen! Sie werden unter Führung der kommunistischen Partei den Kampf aufnehmen gegen die Große Koalition und gegen die verbrecherische Politik der SPD-Führer, die sie hinter ihrem Rücken an den Imperialismus verschubden.

Heraus aus der Partei des Koalitionswerrats, heraus aus der SPD.

Hinein in die kommunistische Partei, die Partei des Kampfes gegen Koalitions- und Aufrüstungspolitik!

Bankrotte Koalitionspolitik

Die Große Koalition in Preußen gescheitert

III Berlin, 22. Februar.

Die Zentrumsfraktion des Preussischen Landtags hielt am Freitag vor der Plenarsitzung eine Fraktionssitzung ab. Abg. Dr. Behr (Zentrum) berichtete über den Stand der Koalitionssache. Der Vorschlag des Abg. Stendel (Deutsche Volkspartei), der in einer Besprechung mit dem Ministerpräsidenten Braun im Staatsministerium am Donnerstagabend gemacht worden war, das Zentrum möge sich mit 2 Reformministern und 1 Reichsminister als Staatsminister ohne Portefeuille im preussischen Kabinett einverstanden erklären, war vom Ministerpräsidenten Braun an das Zentrum weitergeleitet worden. Die Verhandlungsfraction des Zentrums lehnte diesen Vorschlag einstimmig ab. Dr. Behr begab sich darauf zu dem Ministerpräsidenten Braun, um ihm diese Entscheidung mitzuteilen. Ministerpräsident Braun hat, wie wir hören, Johann der Landtagsfraction der Deutschen Volkspartei die Mitteilung gemacht, daß nach der Ablehnung des gemachten Vorschlags keine Mission erledigt sei. Damit dürften die Verhandlungen über die Große Koalition in Preußen endgültig gescheitert sein.

Der Schacher um die Ministerliste hat mit der Zerklüftung der Verhandlung über die Preußenkoalition natürlich sein Ende gefunden. Zwar ist die Beurteilung der augenblicklichen Lage in diesem heroischen Ringen um Futterkrüppeln sehr pessimistisch, dennoch ist es bereits Stresemann gelungen, die mit der Zerklüftung der preussischen Verhandlungen drohende Zerklüftung der Großen Koalition zu verhindern, denn heute wird bereits die Einberufung des vorkoalitionistischen Zentralvorstandes für Dienstag gemeldet. Dort wird wahrscheinlich Stresemann der Preußenfraction den Kopf zu waschen suchen mit dem Hinweis auf die Bedeutung einer Koalitionserklärung in dieser Situation, die vielleicht eine Reichstagsauflösung mit sich bringen würde. Die bürgerliche Presse, einschließlich der Blätter der Sozialdemokratie, gibt ihrer Enthüllung reichhaltigen Ausdruck. Die Volkliche Zeitung überschreibt die Meldungen: „Brauns Aktion erledigt“. „Geringe Hoffnungen“ heist das Berliner Tageblatt. Reimnitz meldet der Vorwärts: „Verhandlungen ohne Ergebnis“. Die bürgerlich-demokratische Presse jammert laut über die enghirnige Koalitionspolitik der preussischen Volkspartei und nennt sie „die schlimmste Schädigung des parlamentarischen Systems“. Besonders für die Haltung der Sozialdemokraten ist der Befehl der bürgerlichen Presse an Hermann Müller, energisch durchzugreifen und nicht Zerknirschung zu entwickeln. Die Arbeiterkassen steht in diesen Kaufverleum um die Koalitionssache

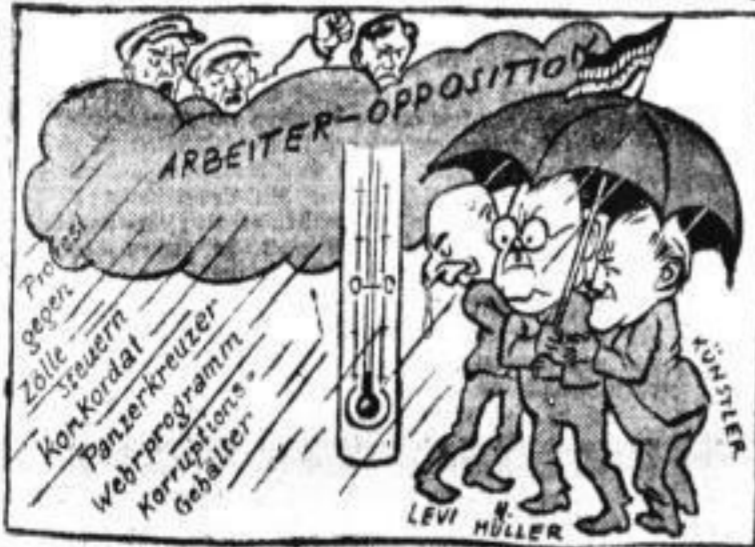
ein Zeichen für die Frömmlichkeit dieses bankrotten Regierungsjohannis.

Sie weiß jedoch auch, daß die Bourgeoisie bisher immer noch Kraft genug hatte, um mit Hilfe der Sozialdemokratie vorhandene Gegenkräfte zu überbrücken, um eine einheitliche Front gegen die mehr und mehr in Bewegung setzenden Arbeitermassen herzustellen. Gerade die Erkenntnis muß die Arbeiterschaft veranlassen, bei jeder Gelegenheit und in jeder Situation den Charakter der Koalitionspolitik zu entlarven und durch Organisierung des Kampfes um die Interessen der werktätigen Massen den Sturz der Koalitionsregierungen aller Schattierungen vorzubereiten!

Die Pest wütet in China

III Peking. Die Pestepidemie in den Provinzen Schansi und Schemi nimmt immer mehr zu. In einer größeren Stadt sind in den letzten Tagen 240 Personen der Pest und dem Hunger zum Opfer gefallen. Die Einfuhr in die Provinzen ist sowohl Chinesen als auch Ausländern verboten. In den letzten sechs Monaten sind in den beiden Provinzen über 11 000 Personen der Pest und dem Hunger erlegen.

„O, wie ist es kalt geworden...“



... noch immer herrscht ein außergewöhnlich harter Winter mit ganzer Gewalt. Wir waren auf einen solchen Winter gar nicht gerüstet.“

„All unsere Abwehrmittel erwiesen sich als unzulänglich.“

(Ebenfalls Zitate wörtlich aus der „Begründung“ des Parteitagkomitees für die „Verschiebung“ des SPD-Parteitages.)